

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-008320/2014
an die Kommission**

Artikel 130 der Geschäftsordnung

Sophia in 't Veld (ALDE), Josef Weidenholzer (S&D), Monika Hohlmeier (PPE), Cecilia Wikström (ALDE), József Szájer (PPE) und Filiz Hyusmenova (ALDE)

Betrifft: Verhängung eines Einreiseverbots gegen ungarische Staatsbedienstete durch die Behörden der USA

Ungarische und internationale Medien berichten, dass die US-Behörden aufgrund von Korruptionsbeschuldigungen gegen eine Reihe ungarischer Regierungsvertreter ein Einreiseverbot verhängt haben.

Sind der Kommission die Maßnahmen der US-Behörden bekannt, und wurde die Kommission von der ungarischen Regierung oder den US-Behörden unmittelbar darüber informiert bzw. gedenkt sie, eine der Parteien um Klärung zu ersuchen?

Sind solche Maßnahme nach Auffassung der Kommission in den diplomatischen Beziehungen zwischen befreundeten Nationen und Verbündeten üblich? Erachtet sie diesen Schritt als ein verhältnismäßiges und angemessenes Instrument im Zusammenhang mit Korruptionsbeschuldigungen gegen Beamte eines Mitgliedstaates? Erwartet sie, dass das Einreiseverbot Auswirkungen auf die transatlantischen diplomatischen Beziehungen haben wird, insbesondere vor dem Hintergrund der TTIP-Verhandlungen?

Sind der Kommission vergleichbare Fälle oder ähnliche Maßnahmen der USA gegen Beamte eines Mitgliedstaates oder umgekehrt bekannt, und ist die Kommission der Auffassung, dass eine solche Maßnahme im Einklang mit den Visavorschriften der EU steht? Könnten dieselben Kriterien für ein Einreiseverbot auf US-Beamte angewandt werden, die der Korruption oder anderer schwerer Straftaten beschuldigt werden?